



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 11. Oktober 2002 (21.10)
(OR. fr)

CONV 331/02

AUFZEICHNUNG

Betr.: Synthesebericht über die Plenartagung
 – **vom 3. und 4. Oktober 2002 in Brüssel** ¹

I. ERÖFFNUNG DER TAGUNG

Der Präsident eröffnete die Tagung mit den Worten, dass der Konvent nunmehr in eine entscheidende Phase eintrete, da die Ergebnisse der Beratungen der Plenartagung über die Empfehlungen der Arbeitsgruppen die Bausteine seien, die es ermöglichen würden, in der Folge das Endprodukt zu erstellen.

Die von der Plenartagung gebilligten Empfehlungen würden notiert. Die Empfehlungen, zu denen divergierende Bemerkungen vorgetragen würden, würden dann im Präsidium geprüft, das anschließend Vorschläge unterbreiten würde, um die Standpunkte miteinander in Einklang zu bringen.

1. Rechtspersönlichkeit der Union

- **Aussprache über den unter dem Vorsitz von Herrn G. Amato ausgearbeiteten Bericht der Gruppe III**
 (Dok. CONV 305/02)

Die unter dem Vorsitz von Vizepräsident AMATO tagende Arbeitsgruppe hatte folgende Punkte zu prüfen:

- Folgen einer ausdrücklichen Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union
- Folgen einer Verschmelzung dieser einheitlichen Rechtspersönlichkeit mit der Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft
- Auswirkungen auf die Vereinfachung der Verträge

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Der Präsident des Konvents und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe gaben dem Konvent einen Überblick über den Inhalt des Endberichts (CONV 305/02), zu dem in der Arbeitsgruppe weitgehend Konsens erzielt worden war (ein Mitglied hatte Einwände erhoben). Siebenunddreißig Mitglieder des Konvents beteiligten sich an der Aussprache im Anschluss an diese Ausführungen (vgl. Rednerliste in der Anlage).

In der allgemeinen Aussprache wurde ein breiter Konsens dahin gehend erzielt, dass die Rechtspersönlichkeit der Union im neuen Verfassungsvertrag ausdrücklich verankert werden sollte. Außerdem wäre diese Rechtspersönlichkeit insofern "einheitlich" als sie die Rechtspersönlichkeiten der derzeitigen Organisationen ersetzen würde. Somit würde es sich nicht um eine Rechtspersönlichkeit handeln, die neben die vorhandenen Rechtspersönlichkeiten treten würde. In diesem Zusammenhang hoben einige Mitglieder des Konvents hervor, dass eine einheitliche Rechtspersönlichkeit bewirken könnte, dass das Handeln der Union auf der internationalen Bühne sichtbarer und effizienter wird. Dies würde auch dazu beitragen, dass sich die Bürger besser mit der Union identifizieren.

Ferner zeichnete sich im Konvent eine weitgehende Tendenz ab, anzuerkennen, dass die Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten den Weg zur Verschmelzung der Verträge zu einem einzigen Text bahnen und damit zu ihrer künftigen Vereinfachung beitragen würde. Dieser einheitliche Text könnte aus zwei Teilen bestehen: Der erste Teil würde der grundlegende Teil sein, der Bestimmungen mit Verfassungsrang enthalten würde, während im zweiten Teil hauptsächlich die verschiedenen Politikbereiche geregelt würden. Einige Mitglieder des Konvents wiesen darauf hin, dass auch der EURATOM-Vertrag bei der Verschmelzung der Verträge berücksichtigt werden müsste. Andere stellten klar, dass ein System, das unterschiedliche Ratifizierungsverfahren vorsieht, Probleme bereiten würde und noch eingehender geprüft werden müsste.

Im selben Bestreben um Vereinfachung der Verträge und der verfassungsrechtlichen Architektur der Union wird von der Mehrheit der Mitglieder des Konvents eingeräumt, dass es anachronistisch wäre, die derzeitige Säulenstruktur beizubehalten, auch wenn weder die Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten noch die Verschmelzung der Verträge an sich schon eine Verschmelzung der Säulen implizieren. Die Aufgabe dieser Struktur hingegen würde eine systematischere Neugliederung der Verträge ermöglichen. Eine derartige Verschmelzung würde nicht unbedingt einheitliche Beschlussfassungsverfahren zur Folge haben. Die Besonderheiten bei den derzeit bestehenden so genannten "zwischenstaatlichen Säulen" (GASP und Zusammenarbeit in Strafsachen) könnten beibehalten werden, wenn der Konvent dies wünscht.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, dass die ausdrückliche Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union an sich keine Änderung der Kompetenzenverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten impliziert. Einige Mitglieder des Konvents erinnerten in diesem Zusammenhang daran, dass die Praxis des Abschlusses von gemischten Abkommen in allen Fällen fortgesetzt werden müsste, in denen ein Abkommen sowohl in die Zuständigkeit der Union als auch in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt.

Einige Mitglieder des Konvents erklärten sich ferner damit einverstanden, dass die Verfahren der einzelstaatlichen Ratifizierung oder die Referenden im Zusammenhang mit Abkommen der Union, die bereits vom Rat geschlossen wurden, gestrichen werden. Sie sprachen sich in diesem Zusammenhang für die Änderung von Artikel 24 EUV aus, wie sie im Bericht der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wird. Ein Mitglied des Konvents präzierte in diesem Zusammenhang allerdings, dass auf die "konstruktive Stimmhaltung", wie sie in Artikel 23 Absatz 1 EUV vorgesehen sei, Bezug genommen werden könnte.

Von den Mitgliedern des Konvents wurden noch andere von der Arbeitsgruppe abgegebene Empfehlungen eher technischer Art geprüft, die insbesondere bestimmte Aspekte der Aushandlung und des Abschlusses von internationalen Abkommen sowie generell die Außenvertretung der Union betreffen.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Union mit einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit zu mehr Effizienz bei ihrem außenpolitischen Handeln führen müsste. Einige Mitglieder des Konvents forderten jedoch nachdrücklich, dass sämtliche Komponenten der GASP zwischenstaatlich bleiben.

Andere sprachen sich für die Verschmelzung des Amtes des Hohen Vertreters und des Amtes des für die Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds aus. In diesem Zusammenhang wurden auch die Frage einer Umstrukturierung des zuständigen Personalbestands und die Risiken der Doppelarbeit angesprochen.

Ebenfalls erwähnt wurde die Vertretung der Union in den internationalen Organisationen. Viele Mitglieder des Konvents hoben hervor, dass eine einheitliche Vertretung notwendig sei. Ein Mitglied wies allerdings darauf hin, dass die Union sich bemühen sollte, zu gemeinsamen Positionen zu gelangen, ohne jedoch stets mit einer einzigen Stimme sprechen zu müssen.

Zur Sprache kam auch die Rolle des Europäischen Parlaments. Die Mitglieder des Konvents, die sich zu diesem Punkt äußerten, hielten die Anhörung des Parlaments für unverzichtbar. Einige Mitglieder des Konvents schlugen vor, dass das Europäische Parlament sich zu internationalen Abkommen nach dem Verfahren der Zustimmung äußern sollte.

Einige Mitglieder des Konvents stimmten einer Ex-ante-Kontrolle durch den Gerichtshof auf der Grundlage von Artikel 300 Absatz 6 EGV zu. Es wurde aber vorgeschlagen, dass der Grundsatz und die eventuellen Modalitäten einer a-posteriori-Kontrolle durch den Gerichtshof noch eingehender geprüft werden sollten.

Die im Bericht der Arbeitsgruppe zur Aushandlung von internationalen Abkommen vorgesehenen Verfahren wurden generell positiv aufgenommen, wobei diese Aspekte nach Meinung von einigen Mitgliedern jedoch im Rahmen der Arbeitsgruppe "außenpolitisches Handeln" noch näher ausgearbeitet werden sollten. Zum Schluss der Aussprache zog der Präsident folgendes Fazit:

- Innerhalb des Konvents besteht ein sehr breiter Konsens dahin gehend, dass die Union mit einer im neuen Verfassungsvertrag ausdrücklich verankerten Rechtspersönlichkeit ausgestattet wird.
- Diese Rechtspersönlichkeit wäre in dem Sinne einheitlich, dass sie die Rechtspersönlichkeiten der vorhandenen Organe ersetzt.
- Es besteht auch ein breiter Konsens darüber, dass die Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten den Weg zur Verschmelzung der Verträge zu einem einzigen Text eröffnet, was zu einer künftigen Vereinfachung der Verträge beitragen dürfte. Dieser einzige Text könnte aus zwei Teilen bestehen, wobei der erste dem grundlegenden Teil mit verfassungsrechtlichen Bestimmungen entsprechen würde.
- Im selben Bestreben um Vereinfachung räumte eine große Mehrheit von Mitgliedern des Konvents ein, dass es anachronistisch wäre, die derzeitige Säulenstruktur beizubehalten, auch wenn weder die Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten noch die Verschmelzung der Verträge automatisch eine Verschmelzung der derzeitigen Säulen impliziert. Eine Neuorganisation der derzeitigen Verträge in einem einzigen Vertrag wäre somit möglich, an speziellen Verfahren (insbesondere im GASP-Bereich) könnte aber festgehalten werden, wenn der Konvent in diese Richtung tendiert.

- Weitere Informationen eher technischer Art, die im Bericht der Arbeitsgruppe enthalten sind, wurden geprüft und werden von der Gruppe "Außenbeziehungen" weiter ausgearbeitet.
2. - **Vorstellung des Stands der Arbeiten der Gruppe II über die Charta der Grundrechte durch Herrn Vitorino**
 - **Vorstellung des Stands der Arbeiten der Gruppe IV über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente durch Frau Stuart**

Dem Konvent wurde in mündlicher Form über den Stand der Beratungen in diesen beiden Arbeitsgruppen berichtet. Die beiden Gruppen werden ihre Berichte auf der nächsten Tagung vorlegen.

3. **Anträge von Frau Van Lancker, Herrn Voggenhuber, Frau Kaufmann und anderen Mitgliedern des Konvents an das Präsidium**

Der Präsident verwies auf die Anträge, die von drei Mitgliedern des Konvents eingereicht und von einer Reihe von anderen Mitgliedern mitgetragen worden waren. In diesen Anträgen wird darum ersucht, dass das Plenum über die Frage eines "sozialen Europas" und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema berät.

Die Antragssteller und einige Mitglieder, die sie unterstützt hatten, wiesen darauf hin, wie wichtig es sei, soziale Ziele in den Verfassungsvertrag aufzunehmen. Obwohl das Thema zum Teil sowohl von der Gruppe "Ordnungspolitik" als auch von der Gruppe "Charta" aufgegriffen worden sei, müsse es doch sowohl im Plenum als auch in einer speziell mit dieser Frage betrauten Arbeitsgruppe eingehend erörtert werden.

Ein Mitglied des Konvents warnte davor, diesen Anträgen stattzugeben, da sich das Mandat des Konvents im Wesentlichen auf verfassungsrechtliche und strukturelle Themen erstrecke; man sollte vermeiden, in Diskussionen über den Inhalt von speziellen Politikbereichen einzutreten. Ein anderes Mitglied erinnerte daran, dass es noch Anträge auf Einsetzung weiterer Arbeitsgruppen - insbesondere über Regionalfragen - gebe, über die noch nicht entschieden sei.

Der Präsident wies darauf hin, dass die hohen Erwartungen im Bereich Sozialpolitik nicht enttäuscht werden sollten. Die sozialpolitischen Ziele der Union müssten im Verfassungsvertrag verankert werden, es sei jedoch nicht Aufgabe des Konvents, über sehr ins Detail gehende politische Optionen zu beraten. Der Präsident erklärte, das Präsidium habe den Antrag geprüft und schlug vor, die Diskussion über den Bericht der Gruppe "Ordnungspolitik" auf der Plenartagung im November auf sozialpolitische Themen auszudehnen und im Lichte dieser Diskussion zu entscheiden, ob eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird. Die Mitglieder des Konvents, die den Antrag gestellt hatten, waren mit diesem Ansatz einverstanden und zogen daraufhin ihren Antrag zurück.

4. Subsidiarität

- **Aussprache über den unter dem Vorsitz von Herrn Mendez de Vigo ausgearbeiteten Bericht der Gruppe I**
(Dok. CONV 286/02)

In seinen einleitenden Ausführungen erinnerte der Präsident des Konvents, Herr Valéry Giscard d'Estaing, daran, dass dem Konvent in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza und Laeken der ausdrückliche Auftrag erteilt worden war, über Mechanismen für die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips nachzudenken. Diese Mechanismen oder Verfahren sollten weder eine Verlangsamung der Entscheidungsprozesse bewirken noch ihre Blockierung erlauben. Das anzupeilende Gleichgewicht sei allerdings schwer zu finden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Herr Inigo Mendez de Vigo, stellte die von der Gruppe erarbeiteten Schlussfolgerungen vor, die in Dokument CONV 286/02 enthalten sind. Er hob hervor, dass in der Arbeitsgruppe Konsens zu diesem Bericht erzielt worden sei. Er erläuterte die Arbeitsweise der Mitglieder der Gruppe, die eine Reihe von Vorschlägen geprüft und sie anschließend verworfen hätten. Er wies nachdrücklich auf die Grundsätze bzw. goldenen Regeln hin, die von der Gruppe ausgearbeitet und ihren Überlegungen zugrunde gelegt wurden, nämlich: keine neuen Institutionen schaffen, und darauf achten, dass das Gesetzgebungsverfahren nicht in die Länge gezogen oder blockiert wird. Er wies ferner darauf hin, dass die Vorschläge der Gruppe innovatorischen Charakter haben, insoweit sie es den nationalen Parlamenten zum ersten Mal ermöglichen, direkt in das Gesetzgebungsverfahren einzugreifen.

Aus diesen Erwägungen heraus schlägt die Gruppe folgendes Verfahren vor:

- Die Kommission erweitert die Begründung ihrer Gesetzgebungsvorschläge, indem sie einen "Subsidiaritätsbogen" mit detaillierten Angaben zu den finanziellen Folgen des Rechtsakts und seinen etwaigen Auswirkungen auf die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten beifügt.
- Innerhalb von sechs Wochen kann jedes nationale Parlament (bei aus zwei Kammern bestehenden Parlamenten jede Kammer) einen Frühwarnmechanismus auslösen, d.h. den europäischen Organen eine begründete Stellungnahme vorlegen, in der es seine Befürchtungen in Bezug auf die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringt. Falls ein Drittel der nationalen Parlamente eine derartige Stellungnahme vorlegt, muss die Kommission ihren Vorschlag überprüfen. Nach dieser Überprüfung kann sie beschließen, ihn beizubehalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen.

- Die nationalen Parlamente, die diesen Frühwarnmechanismus in Anspruch genommen haben, können nach Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens Klage vor dem Gerichtshof wegen Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips erheben.

Zweiundfünfzig Mitglieder des Konvents meldeten sich im Anschluss an diese Ausführungen zu Wort (siehe Liste in der Anlage). Ihre Ausführungen betrafen folgende Themen oder Punkte:

- a) Verstärkte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Phase der Ausarbeitung des Legislativakts:
 - Zu den Vorschlägen der Gruppe in diesem Bereich gab es nur wenige Wortmeldungen, die sich darauf beschränkten, diese Vorschläge gutzuheißen, insbesondere hinsichtlich der Verschärfung der Begründungspflicht. Zu der Frage, in welchem Gremium über das Jahresprogramm der Kommission beraten werden sollte, gab es ebenfalls einige Wortmeldungen, bei denen mehrere Mitglieder des Konvents die Auffassung vertraten, dass eine derartige Aussprache - für den Fall, dass ein Kongress der Völker ins Leben gerufen wird - auch in diesem Kongress stattfinden müsste.
- b) Einrichtung eines "Frühwarnmechanismus" und Modalitäten seiner Funktionsweise:

Die meisten Wortmeldungen bezogen sich auf diesen Vorschlag. Insbesondere folgende Punkte standen dabei im Mittelpunkt:

- Direktübermittlung von Legislativvorschlägen an die nationalen Parlamente und Prinzip des politischen Mechanismus: Die meisten Mitglieder des Konvents erklärten sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Sie begrüßten den Innovationscharakter des Vorschlags, mit dem zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Aufbauwerks die nationalen Parlamente am europäischen Gesetzgebungsprozess beteiligt würden. Sie teilten auch die Auffassung der Arbeitsgruppe und ihres Vorsitzenden, dass die nationalen Parlamente nicht die Funktion von parallelen Legislativorganen und damit die Möglichkeit erhalten sollten, das Gesetzgebungsverfahren zu blockieren oder zu verzögern.

Einige Mitglieder des Konvents bezweifelten jedoch die Nützlichkeit des vorgeschlagenen Mechanismus und befürchteten, dass er in der Praxis das Initiativrecht der Kommission in Frage stellen oder gelegentlich auch ein gewisses Misstrauen ihr gegenüber

wecken könnte. Es wurden auch Alternativvorschläge vorgebracht, wie etwa die Einrichtung eines von allen Institutionen unabhängigen Schiedskollegiums, dessen Stellungnahmen nicht verbindlich wären. Vorgeschlagen wurde ferner, dass die Parlamente gemeinsam für eine Subsidiaritätskontrolle sorgen, die z.B. von einem Kongress oder der - gegebenenfalls neu organisierten - COSAC durchzuführen wäre.

- **Verhältnismäßigkeit:** die Mitglieder des Konvents äußerten ihr Bedauern darüber, dass das Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht in der gleichen Art und Weise und mit der gleichen Intensität überprüft und kontrolliert werden soll wie das Subsidiaritätsprinzip.
- **Zweikammersysteme:** in Bezug auf die Situation der Mitgliedstaaten, die über ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament verfügen, waren die Mitglieder des Konvents geteilter Ansicht. Einige Mitglieder vertraten die Auffassung, dass in diesem Fall jede der beiden Kammern das Recht haben müsse, den Frühwarnmechanismus auszulösen und später den Gerichtshof anzurufen, da ja die zweite Kammer in den Mitgliedstaaten mit einem Zweikammersystem aufgrund ihrer Zusammensetzung eine andere Form der Vertretung der Nation (Vertretung der Regionen und der lokalen Gebietskörperschaften) sei und ebenfalls berücksichtigt werden müsse. Andere Mitglieder plädierten dafür, den Begriff Parlament so auszulegen, dass er bei Ländern mit einem Zweikammersystem beide Kammern umfasse. Wiederum andere schlugen vor, dass es Sache jeden Mitgliedstaates sein müsse, einer der beiden Kammern oder beiden Kammern gemeinsam das Recht zur Auslösung des Frühwarnmechanismus zu gewähren.
- **Eindrittelschwelle:** Einige Mitglieder des Konvents hielten die im Vorschlag der Gruppe enthaltene Schwelle von einem Drittel der nationalen Parlamente, bei deren Überschreitung die Kommission ihren Vorschlag neu prüfen muss, für wenig sinnvoll.
- **Verknüpfung zwischen dem Frühwarnmechanismus und der Anrufung des Gerichtshofs:** mehrere Mitglieder des Konvents hielten diese Verknüpfung für wenig sinnvoll. Sie waren der Auffassung, dass dadurch ein Anreiz für die nationalen Parlamente entstehe, diesen Frühwarnmechanismus zu dem einzigen Zweck zu missbrauchen, sich das Recht auf eine spätere Anrufung des Gerichtshofs vorzubehalten. Andere machten geltend, dass es vorkommen könne, dass ein Text bei seiner Vorlage dem Subsidiaritätsprinzip zwar entspricht, dies am Ende des Gesetzgebungsverfahrens aber nicht länger der Fall ist. Die Parlamente hätten dann keine Möglichkeit, den Gerichtshof anzurufen.

Andere Mitglieder vertraten die Auffassung, dass man auf das Verantwortungsgefühl der nationalen Parlamente vertrauen sollte und erinnerten im Übrigen daran, dass die Pflicht der nationalen Parlamente, ihre Stellungnahmen zu begründen, die Seriosität dieser Stellungnahmen garantiere. Im Übrigen müsse man den politischen Mechanismus privilegieren und vermeiden, dass der Gerichtshof mit Klagen überhäuft wird.

c) Gerichtliche Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips

Die Mehrheit der Redner teilte die Auffassung, dass es notwendig ist, eine gerichtliche Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips vorzusehen. Allerdings gingen die Meinungen in der Frage auseinander, wer wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips Zugang zum Gerichtshof haben solle.

- Was die nationalen Parlamente anbelangt, so sprach sich ein Teil der Mitglieder des Konvents dafür aus, ihnen ein Klagerecht einzuräumen, da es hauptsächlich ihre Zuständigkeiten seien, die bei Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips verletzt werden. Andere Mitglieder wiesen auf die Gefahr hin, dass das Prinzip, wonach jeder Staat mit einer Stimme spreche durch eine solche Klage verletzt werden könne.
- Was die Frage anbelangt, ob auch anderen in den jeweiligen Verfassungen vorgesehenen gesetzgebenden Körperschaften (meistens auf regionaler Ebene) Zugang zum Gerichtshof gewährt werden solle, so sprach sich ein Großteil der Mitglieder des Konvents gegen eine derartige Möglichkeit aus, da ihrer Ansicht nach der Konvent sich nicht in die Verfassungsordnung der einzelnen Mitgliedstaaten einmischen dürfe und es Sache der Mitgliedstaaten sei, die internen Mechanismen für die Beteiligung der gesetzgebenden Körperschaften festzulegen. Es wurde auch festgestellt, dass die dem Ausschuss der Regionen und gegebenenfalls auch den Kammern der nationalen Parlamente, an denen Gebietskörperschaften vertreten sind, gebotene Möglichkeit des Zugangs zum Gerichtshof es ermöglichen sollte, dass die Anliegen dieser Körperschaften beim Gerichtshof geltend gemacht werden. Andere Mitglieder des Konvents sprachen sich für eine derartige Möglichkeit aus.

Einige Mitglieder des Konvents äußerten schließlich den Wunsch, dass die gerichtliche Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch ein politisches Organ mit richterlicher Kompetenz vorgenommen werden sollte, und zwar nach dem in einigen Mitgliedstaaten bestehenden Modell für die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen innerhalb einer kurzen Zeitspanne zwischen der Annahme und dem Inkrafttreten des Rechtsakts.

In seinen abschließenden Bemerkungen zu diesem Punkt begrüßte der Präsident, dass eine derart intensive Diskussion auf hohem Niveau geführt worden sei und zog folgendes Fazit:

- Es besteht Konsens darüber, dass das Subsidiaritätsprinzip verstärkt berücksichtigt werden muss.
- Es herrscht nahezu generelles Einvernehmen darüber, dass sowohl bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die europäischen Organe (Kommission, Rat und Parlament) sowie bei seiner Kontrolle Verbesserungen vorgenommen werden müssen und dass diese Verbesserungen das Gesetzgebungsverfahren nicht in die Länge ziehen, verzögern oder blockieren dürfen.
- Die Vorschläge der Arbeitsgruppe für eine verstärkte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die am Gesetzgebungsprozess beteiligten Organe wurden weitgehend positiv aufgenommen, insoweit es dabei um eine bessere Begründung aller neuen Legislativvorschläge der Kommission in Form eines detaillierten Subsidiaritätsbogens mit Angabe der finanziellen Folgen des Vorschlags und gegebenenfalls seiner Auswirkungen auf die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten geht.
- Was die Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips betrifft, so besteht im Konvent ein sehr weit gehendes Einvernehmen darüber, dass eine derartige Kontrolle vor allem politischer Natur sein sollte, wobei jedoch die Möglichkeit einer gerichtlichen Kontrolle am Ende des Verfahrens nicht ausgeschlossen werden darf.
- Viele Mitglieder des Konvents vertraten die Auffassung, dass in diese Kontrolle in erster Linie die nationalen Parlamente einbezogen werden sollten, da ja ihre Zuständigkeiten auf dem Spiel stehen. Der Präsident wies darauf hin, dass der vorgeschlagene Mechanismus eine erhebliche Neuerung im institutionellen Gefüge darstellen würde, da er als ein Bindeglied zwischen den nationalen Parlamenten und der Union wirken würde. Er dürfe aber nicht als Schwächung der Organe interpretiert werden, da er den nationalen Parlamenten nicht die Rolle eines parallelen Gesetzgebungsorgans einräumen und - abgesehen davon, dass die Kommission unter bestimmten Umständen ihren Vorschlag überprüfen müsse – auch keine Verpflichtung für die Kommission begründen würde.

- Der Präsident vermerkte auch, dass es sich bei diesem Mechanismus lediglich um eine Art Ergänzung zu der Haupt- oder Vorfahrtsstraße handele, die in der Kontrolle der jeweiligen Regierungen durch ihre nationalen Parlamente bestehe, die aber nicht immer zufrieden stellend verlaufe. In diesem Zusammenhang wird das Plenum die Vorschläge der unter dem Vorsitz von Frau Stuart tagenden Gruppe prüfen.
- Was die technischen Modalitäten des von der Gruppe vorgeschlagenen Mechanismus anbelangt, so stellte der Präsident fest, dass die Ansichten darüber geteilt sind. Über die folgenden wichtigen zur Diskussion stehenden Punkte müsse noch weiter nachgedacht werden.
 - i) Frage, ob das Recht zur Auslösung des Frühwarnmechanismus dem Parlament als solchem oder im Falle von Mitgliedstaaten mit einem Zweikammersystem jedem der beiden Kammern des Parlaments gewährt werden soll. Diese Frage muss im Zusammenhang mit der Frage geprüft werden, ob die Körperschaften mit Legislativbefugnissen (Regionen) wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips vor dem Gerichtshof klagen dürfen;
 - ii) Festlegung der Anzahl der nationalen Parlamente, deren Einspruch erforderlich ist, damit die Kommission einen Vorschlag erneut prüfen muss;
 - iii) Frage, ob die Auslösung des Frühwarnmechanismus und das Recht auf Anrufung des Gerichtshofs miteinander verknüpft werden müssen. Der Präsident bemerkte, dass es sowohl Argumente für eine derartige Verknüpfung als auch Argumente dagegen gebe und dass diese Frage später noch eingehend geprüft werden müsse.

5. **Fragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

II. NÄCHSTE TAGUNG DES KONVENTS

Der Präsident kündigte an, dass die nächste Tagung des Konvents am Montag, den 28. Oktober ab 15.00 Uhr und am Dienstag, den 29. Oktober ab 9.30 Uhr stattfindet. Auf der Tagesordnung werden die Prüfung der Berichte der Arbeitsgruppen "Charta der Grundrechte" und "Rolle der nationalen Parlamente" stehen.

Der Präsident kündigte ferner an, dass auf dieser Tagung auch der Vorsitzende der Gruppe "Ergänzende Zuständigkeiten" und der Vorsitzende der Gruppe "Ordnungspolitik" über den Stand der in diesen Arbeitsgruppen durchgeführten Beratungen berichten werden.

Liste der Redner in der Reihenfolge ihrer Beiträge

Donnerstag, 3. Oktober

1. Rechtspersönlichkeit der Union - Aussprache über den Bericht der Gruppe III
(Herr G. Amato)

Präsident Valéry GISCARD d'ESTAING
Herr Giuliano AMATO, Vizepräsident
Herr Peter HAIN
Frau Marietta GIANNAKOU
Herr Timothy KIRKHOPE
Herr Gianfranco FINI
Herr Gunter PLEUGER
Frau Marie NAGY
Herr Mesut YILMAZ
Herr Michel BARNIER
Herr Carlos CARNERO
(*Blaue Karten: Kiljunen, Rack, Tiilikainen, Bonde*)
Frau Lena HJELM-WALLÉN
Herr Andrew DUFF
Herr Ali TEKIN
Herr Alojz PETERLE
Herr Valdo SPINI
Herr Jozsef SZAJER
Herr Antonio TAJANI
Herr Alfonso DASTIS
Herr Johannes VOGGENHUBER
Herr Ion JINGA
Herr Caspar EINEM
Herr Elmar BROK
Herr Panayiotis DEMETRIOU
Frau Cristiana MUSCARDINI
Lord MACLENNAN
Herr William ABITBOL
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS
Frau Liia HÄNNI
Herr Michel ATTALIDES
(*Blaue Karten: Barnier, Abitbol, Bonde*)

Freitag, 4. Oktober

Subsidiarität - Aussprache über den Bericht der Gruppe I (Herr Mendez de Vigo)

Präsident Valéry GISCARD D'ESTAING
Herr Iñigo MENDEZ de Vigo
Herr Andrew DUFF
Herr Louis MICHEL
Herr Pierre MOSCOVICI
Herr Jürgen MEYER
(*Blaue Karte: Jacobs*)
Herr Peter HAIN
Herr Paraskevas AVGERINOS
Herr Peter GLOTZ
Herr Elio DI RUPO
(*Blaue Karten: Tomlinson, Duhamel*)
Herr Hubert HAENEL
(*Blaue Karten: Stuart, Einem*)
Herr Erwin TEUFEL
Frau Ayfer YILMAZ
Frau Lena HJELM-WALLÉN
Herr Antonio VITORINO
Herr Giorgos KATIFORIS
Herr Jens-Peter BONDE
Herr Alfonso DASTIS
Herr Bobby McDONAGH
Herr Kimmo KILJUNEN
Herr Marco FOLLINI
The Earl of STOCKTON
Herr Pierre LEQUILLER
(*Blaue Karten: Andriukaitis, Borrell Fontelles, Berès, de Vries*)
Herr Luis MARINHO
Herr Henning CHRISTOPHERSEN
Herr Alain LAMASSOURE
Frau Anne VAN LANCKER
Frau Eleni MAVROU
Herr Gianfranco FINI
Herr Slavko GABER
Frau Teija TIILIKAINEN
Herr Reinhard Eugen BÖSCH
Frau Inese BIRZNIECE
Herr Istvan SZENT-IVANYI
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN
Frau Danuta HÜBNER
Herr Henrik DAM KRISTENSEN
Herr Puiu HASOTTI
Herr John BRUTON

Herr Neil MacCORMICK
Herr Hannes FARNLEITNER
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT
Herr Josef CHABERT
